

# Die Revolutionäre Arbeiterwehr in Oberösterreich

PETER MÄRZ

Die Revolutionäre Arbeiterwehr war eine formal von der KPÖ unabhängige Organisation, die aber inhaltlich, personell und strukturell eng mit ihr verwoben war. Neben dem Republikanischen Schutzbund und den Heimwehren gab es in (Ober)Österreich damit noch eine dritte paramilitärisch organisierte Formation. Die Bemühungen, eine eigene, mehr oder weniger parteinahe Schutzformation aufzubauen, stellt einen gewichtigen Versuch der KPÖ dar, den weitaus stärkeren Organisationen der politischen und ideologischen Gegner ein Kampf- und Verteidigungsinstrument entgegenzuhalten.<sup>1</sup>

## Vorläuferorganisation und Gründungskongress

Die Vorläuferorganisation der Arbeiterwehr war der *Rote Frontkämpferbund*, gegründet am 7. Jänner 1928, der jedoch bereits am 26. April 1928 mit der Begründung behördlich aufgelöst wurde, dass der Verband einen Umsturz herbeiführen möchte.<sup>2</sup> Die Verantwortlichen wollten dieses Verbot nicht unwidersprochen hinnehmen und reichten eine Klage beim Verfassungsgerichtshof wegen Verletzung des Vereinsrechts ein. Die Beschwerde wurde abgewiesen. In der Folge kam es kaum ein halbes Jahr später, am 23. September 1928, in Wiener Neustadt zur Neugründung unter dem neuen Namen *Österreichische Arbeiterwehr*. Man ging vor allem nach den Ereignissen des 15. Juli 1927 mit seinen 90 Toten davon aus, dass ein demokratischer Weg ausgeschlossen sei und die Bourgeoisie ihre Hoffnungen auf den Faschismus setzen werde, während die Arbeiter sich nun bewaffnen und schützen müssten, eben indem eine eigene Wehrformation gegründet werden sollte.<sup>3</sup>

Am Wiener Neustädter Kongress nahmen Delegationen aus Wien, der Steiermark, Niederösterreich, Kärnten und dem Burgenland teil. Die Vertreter der KPÖ und des Kommunistischen Jugendverbands (KJV) erklärten ihre volle Unterstützung für die neue Organisation.<sup>4</sup> Auch der deutsche *Rote Frontkämpferbund* entsandte Vertreter und erklärte seine Unterstützung, aus der UdSSR sandte der Ukrainische Gewerkschaftsrat eine Grußbotschaft. Die Polizei stürmte den Sitzungssaal und forderte, dass zwei Kriminalbeamte an der Tagung teilneh-

men müssten. Inhaltlich setzte sich der Kongress vor allem mit dem von der Heimwehr angesetzten Aufmarsch in Wiener Neustadt am 7. Oktober und der drohenden Kriegsgefahr auseinander.<sup>5</sup>

Um einem erneuten Verbot zu entgehen, bemühten sich KPÖ und Arbeiterwehr einerseits um gegenseitige Abgrenzung und Betonung ihrer Eigenständigkeit. Unter dem Titel „Unser Verhältnis zu den überparteilichen Organisationen“ verschickte die KPÖ Richtlinien an alle ihre Ortsgruppen. Zunächst ging man darin auf alle der Partei nahestehende Organisationen ein und hielt fest: „Die Organisationen A.W., Bund, I.A.H. und R.H.<sup>6</sup> sind überparteiliche Organisationen. Sie sind Hilfsorgane der Partei in der Gewinnung der zu Tausenden mit der Partei sympathisierenden Arbeitern, die durch die Erfassung in diesen Organisationen für den revolutionären Kampf gewonnen werden können. In den überparteilichen Organisationen werden alle [...] erfasst, die mit den Zielen dieser Organisation einverstanden sind und bereit sind, mitzuhelfen an der Erreichung dieser Ziele. [...] Die überparteilichen Organisationen sind Einheitsfrontorgane, sie erfassen Mitglieder sämtlicher Parteien [...]“. Dann folgte eine Konkretisierung der Aufgaben der einzelnen Organisationen: „Die Arbeiterwehr hat die Aufgabe, die revolutionären Arbeiter zum wehrhaften Kampf gegen den Faschismus, gegen die imperialistische Kriegsgefahr und zur Verteidigung der Sowjetunion zusammenzufassen, darüber hinaus die Arbeiter durch revolutionären Wehrsport zu aktiven Kämpfern für den Klassenkampf zu erziehen. [...] Sie ist keine nur militärische Formation, sondern eine antifaschistische Massenorganisation.“<sup>7</sup>

## Politische Ausrichtung

Die Arbeiterwehr stand, zumindest in der ersten Phase, ganz unter dem Bann der Sozialfaschismusthese, obwohl sie offiziell eine überparteiliche, SozialdemokratInnen, Parteilose und KommunistInnen ausdrücklich einschließende Organisation einer Einheitsfrontstrategie war. So forderte man, dass die Arbeiter in den Betrieben eigene, bewaffnete Formationen gründen sollten, um gegen einen so genannten Betriebsfaschismus vorzugehen. Als Hauptfeind wurde dabei

die Sozialdemokratische Partei und vor allem der Schutzbund ausgemacht: „Der Kampf gegen die Faschisten in den Betrieben kann daher nicht durch den Schutzbund geführt werden, sondern nur von den revolutionären Selbstschutzformationen und zwar gegen den Schutzbund. Die Arbeiter in den Betrieben müssen die Bewaffnung praktisch durchführen, denn der Kampf gegen die bewaffneten Faschisten und den bewaffneten Staatsapparat muss auch von der Arbeiterschaft mit den Waffen ausgetragen werden. Es muss aber klar gesagt werden, dass die erfolgreiche Bekämpfung des Faschismus die die Bekämpfung des sozialdemokratischen Apparates voraussetzt.“ Gleichzeitig ging man von zwei Strömungen innerhalb des Schutzbundes aus. Zum einen von einem sozialfaschistischen Flügel, zum anderen von revolutionär gestimmten Arbeitern, die es zu gewinnen gelte, unter anderem durch verstärkte marxistische Schulungstätigkeit.<sup>8</sup> Auch der III. Reichskongress der Arbeiterwehr, der von 1. bis zum 5. Mai 1931 in Wien stattfand, befasste sich mit diesem Thema: „Unsere politische Tätigkeit musste daher gleichzeitig gegen faschistische sowie gegen sozialfaschistische Organisationen gerichtet sein. Die Rolle der S.P. und des R.Sch.B. als Stützen des Faschismus hat tausenden Arbeiter veranlasst, diesen Organisationen den Rücken zu kehren.“<sup>9</sup> Durch systematische Arbeit sollten diese zur Weiterarbeit für die Arbeiterwehr gewonnen werden.

Zur Vorbereitung erstellte die Wiener Führung ein „Programm des Wehrkurses“ für die Monate April, Mai und Juni des Jahres 1930. Zunächst wurden dabei erneut die Disziplinlosigkeit und die Unbildung in militärischen Belangen beklagt. Daher gedachte man dazu überzugehen, verpflichtende Kurse einzuführen, wobei aus jeder Ortsgruppe mindestens zwei VertreterInnen teilzunehmen hätten. Das Fernbleiben sollte mit interner namentlicher Bekanntmachung des Betreffenden und mit Ausschluss bedroht werden. Gelernt werden sollten dabei Gruppenführung, Kartenlesen, Waffenlehre, Signalvorführungen etc. Darüber hinaus wollte man für jede Ortsgruppe zweiwöchentliche militärische Übungen mit An- und Abtreten, Wendungen auf der Stelle, Marschformationen sowie

Spaten- und Beilpickelarbeit etablieren und auch bei jeder Ortsgruppenversammlung militärische Disziplin einfordern: „Verstehen wir, dass auch die Arbeiterklasse und in erster Linie ihre Wehrorganisation gerüstet sein muss, um den faschistischen Angriffen entgegenzutreten zu können. Wenn wir hier Versäumnisse aus Nachlässigkeit oder Gleichgültigkeit begehen, dann wird sich das bitter rächen.“<sup>10</sup>

### Die Arbeiterwehr in Oberösterreich

Die Linzer Ortsgruppe der *Österreichischen Arbeiterwehr* nahm spätestens am 4. Juli 1930 ihre Tätigkeit auf. Die Bundespolizeidirektion gestattete der Organisation auch das Tragen von Uniformen.<sup>11</sup> Dem vorangegangen waren jedoch eine Anzeige und mehrere Hausdurchsuchungen bei mutmaßlichen Mitgliedern der Arbeiterwehr im April des Jahres. Das dort beschlagnahmte Material führte die Polizei zum Schluss, dass sich bereits eine Linzer Arbeiterwehr gegründet haben musste, ohne dies jedoch den zuständigen Behörden bekanntzugeben.<sup>12</sup> Tatsächlich dürfte die Arbeiterwehr bereits seit Jänner oder Februar aktiv geworden sein. In einem Antwortschreiben der Bundesführung an die Ortsgruppe Linz, datiert mit 10. Februar 1930, forderte diese die Rücksendung eines Fragebogens zur Organisationsstruktur und verwies auf die mangelnden finanziellen Mitteln, die es nicht erlauben würden, einen Referenten aus Wien nach Linz zu schicken. In Linz reagierte man jedoch nicht, sondern forderte noch zwei weitere Male einen Referenten an. Die Wiener Führung begrüßte zwar die Initiative der Ortsgruppe, verweigerte jedoch abermals die Hilfestellung und forderte stattdessen wiederum die Rücksendung eines Fragebogens. Außerdem monierte sie die nach wie vor nicht erfolgte Anmeldung als eigene Arbeiterwehrguppe bei der oberösterreichischen Landesregierung. In einem dritten Schreiben wurde schließlich die Übersendung einer „Bestätigung für die Ortsgruppe“ sowie von Mitgliedskarten in Aussicht gestellt und erneut um einen ersten Gruppenbericht gebeten: „Wie steht es im Allgemeinen bei Euch? Geht es vorwärts, entwickelt sich bereits ein reges organisatorisches Leben? Bitte sendet uns einen Bericht.“ Gedacht waren die eingeforderten Unterlagen eigentlich für den am 22. und 23. März stattfindenden Bundeskongress in Wien im Gasthaus „Patzenhäusl“. Der Unmut über die Verspä-

tungen wuchs daher begreiflicherweise ein ums andere Mal: „Es ist ein Skandal, dass man jede Woche trommeln muss und trotzdem finden es die meisten Ortsgruppen nicht der Mühe wert, wenigstens eine briefliche oder irgendwie mündliche Antwort zu geben. Es gibt allen Anschein, dass eine Reihe von Ortsgruppen sich ihrer Pflicht gegenüber dem Proletariate nicht bewusst [sind].“<sup>13</sup>

Die Gründung einer Arbeiterwehr in Oberösterreich bereits im Jahr 1926 durch August Schrotzhammer, wie sie Peter Kammerstätter und Helmut Huber<sup>14</sup> erwähnen, kann an Hand des vorliegenden Aktenmaterials nicht belegt und angesichts der Tatsache, dass die *Österreichische Arbeiterwehr* erst im September 1928 ins Leben gerufen wurde, auch bezweifelt werden.

Der Ausschuss der Linzer Ortsgruppe der Arbeiterwehr setzte sich u.a. aus folgenden Personen zusammen: Obmann: Oskar Pfeifer, Graveur; Obmann-Stellvertreter: Johann Schlögl, Maurer; Kassier: Anton Pötsch, Kellner; Kassier-Stellvertreter: Friedrich Zeller, Tischler; Schriftführer: Karl Kiehbüchler, Handelsangestellter; Schriftführer-Stellvertreter: Franz Eder, Maurer; Beisitzer: Anton Stadler, Goldarbeiter.<sup>15</sup> Obmann Pfeifer hatte ein zehnjähriges Aufenthaltsverbot in Linz und kehrte unmittelbar nach Ablauf desselben in die Stadt zurück. Kaum zwei Monate später führte die Polizei bei Pfeifer eine Hausdurchsuchung durch, dabei fand man einen Gummiknüppel mit Bleifüllung. Pfeifer wurde zu fünf Tagen Arrest verurteilt und anschließend wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erneut für fünf Jahre der Stadt verwiesen.<sup>16</sup>

Die Arbeiterwehr in Oberösterreich war eine fast ausschließlich aus männlichen Mitgliedern bestehende Organisation. Lediglich in einer von sechs Linzer Gruppen, von den Polizeibehörden „Terrorzellen“ genannt, gab es zwei Frauen.<sup>17</sup>

Das Landesgendarmierkommando Oberösterreich gelangte an die Richtlinien für die nach wie vor nicht einheitliche Uniformierung der Arbeiterwehr. Darin heißt es, dass Führer und Zellenleiter häufig sogenannte russische Uniformen tragen, farblich an jene des Schutzbundes angelehnt. Das Parteiabzeichen bestehe aus Hammer und Sichel in einem gelben Kreis am rechten Arm, zusätzlich sei das Emblem „R.A.W.“ (*Revolutionäre Arbeiterwehr*) sichtbar zu tragen. In diversen Besprechungen einigten sich die Verantwortlichen darauf, dass die Uniform aus einem blauen Schlosser-

anzug bestehen solle, „die bereits vorhandenen Uniformen sollen, nach erfolgter Genehmigung, ohne Rücksicht auf den Schnitt blau gefärbt werden.“ Die Jugendverbände der Arbeiterwehr hingegen seien, zumindest in den größeren Orten, bereits einheitlich gekleidet: „Die Mitglieder derselben tragen knallrote Hemdblusen, auf deren Brust sich ein Emblem mit den Initialen ‚R.J.W.‘ (Rote Jugendwehr) befinden.“<sup>18</sup>

Die Linzer Polizei ortete im August 1931 eine zunehmende Radikalisierung speziell bei Schutzbundmitgliedern und befürchtete ein Überlaufen zur KPÖ. Vereinzelt sei es bereits dazu gekommen, wobei die Devise laute, dass diese Personen auch weiterhin im Schutzbund aktiv sein sollten, um im Falle eines Aufstandes die KPÖ und die Arbeiterwehr leichter mit Waffen und Informationen unterstützen zu können. Die Linzer Arbeiterwehr, geleitet von Friedrich Reiter, verfügte zu diesem Zeitpunkt über einen Mitgliederstand von rund 30 Personen, unterteilt in zwei Maschinengewehrabteilungen in Kleinmünchen und Wegscheid. Zwei weitere Abteilungen zu jeweils 16 Mann existierten auch in der Innenstadt. Die Polizei hoffte, die geplanten Waffenübungen rechtzeitig aufdecken zu können.<sup>19</sup>

Die Leitung der Linzer Arbeiterwehr wechselte häufig. Ob das ein bewusster Versuch war, die Behörden zu täuschen, oder ob dies der schwachen Organisation geschuldet war, lässt sich nicht mit Sicherheit beantworten. Die Linzer Polizei ging für das zweite Halbjahr 1931 jedenfalls von einem Mitgliederstand von 35 Personen aus. Im August 1931 meldete die Linzer Polizei den Hilfsarbeiter August Schrotzhammer als Obmann, als Kassier Albert Lausecker, als Schriftführer Anton Prötsch. Als Stellvertreter fungierte Josef Strasser. Weitere Ortsgruppen der Arbeiterwehr existierten in Steyr, Wels, Enns, Mauthausen, Letten, Grünburg, Waidhofen an der Ybbs, Weyer sowie in St. Ulrich, Sierning, Reichraming, Garsten und Wiesfleck-Kohlgrube in der Gemeinde Wolfsegg. Am 9. Oktober 1932 fand in Wels eine Landeskonferenz der KPÖ Oberösterreich mit 120 TeilnehmerInnen statt. Auf dieser Landeskonferenz wurde erstmals eine provisorische Landesleitung der Arbeiterwehr gewählt.<sup>20</sup>

### Organisationseinheiten und Bewaffnung

Die Arbeiterwehr übernahm auch die Aufgabe, die Aktivitäten der anderen

Wehrverbände zu prüfen. So patrouillierten in der ersten Novemberwoche 1931 in den Orten Sierning, Neuzeug und Letten jeweils zwei bis drei Personen starke Einheiten des Republikanischen Schutzbundes, des Heimatschutzes und der Arbeiterwehr. Die Polizei konnte bei ihrer Überwachung weder Uniformierungen noch Waffen feststellen. Zur Sicherstellung der Bereitschaft organisierte die Arbeiterwehr auch nächtliche Alarmübungen, so etwa in Letten in der Nacht auf den 3. November, wobei rund 20 Mitglieder bis um fünf Uhr in der Früh in einer Barackenwohnung eines ihrer Mitglieder ausharrten.<sup>21</sup>

Die Arbeiterwehr war von Beginn an mit Spitzeln und V-Männern der Polizei durchsetzt. Ein Schreiben der Führung der Arbeiterwehr, das den Vermerk „Nach Durchsicht sofort vernichten“ trägt, gelangte dennoch an das Heeres- und das Innenministerium: „Dieser Brief wurde [...] am 12.12.1931 in Wien [...] aufgegeben und an einen Kommunisten in Letten bei Neuzeug (Oberösterreich) adressiert.“ Diese vertrauliche Mitteilung enthält die Aufforderung an alle aktiven Zellen, die Weihnachtsfeiertage des Jahres 1931 für diverse Aktionen zu nutzen: „Es werden alle Terrorgruppen aufgefordert, heuer zu den drei Weihnachtsfeiertagen die Bourgeoisie durch verschiedene Unternehmungen zu stören und auch diesen Leuten traurige Weihnachten zu bereiten. [...] Wen ihr zu Weihnachten terrorisieren werdet, ist ganz euch überlassen, weil ihr ja die Verhältnisse selbst am besten wissen werdet. Jedenfalls ist mit aller Gewalt gegen das besitzende Gesindel und ihre Lakaien und Beschützer vorzugehen.“<sup>22</sup> Dieser heute fragwürdig anmutende Aufruf spiegelt erneut die linksradikale Ausrichtung zumindest eines Teils der damaligen KPÖ und der Arbeiterwehr wider. Die geplanten gewalttätigen Aktionen lassen eher an eine anarchistische oder linkssektiererische Organisation denn an eine kommunistische Partei denken.

Die Steyrer Polizei konnte in ihrem Zuständigkeitsbereich insgesamt fünf „Terrorzellen“ der Arbeiterwehr ausfindig machen, in der beigefügten Personenliste fanden sich aber sechs Gruppen.<sup>23</sup> Diese bestanden aus jeweils vier bis fünf Mitgliedern, geleitet von einem Gruppenführer. Die Weihnachtsfeiertage des Jahres 1931 verliefen in Steyr völlig ruhig. Ob die befürchteten kommunistischen „Störaktionen“ ausblieben, weil die Pläne hierfür aufgedeckt worden waren, oder ob der gesamte Plan von vorn-



**Gründungskundgebung des Rotfrontkämpferbundes am 22. Jänner 1928 am damaligen Neptunplatz im 14. Bezirk (später Sportplatz von „Germania-Baumgarten“).**

herein nicht zur Durchführung bestimmt war oder sich die Mitglieder der „Terrorzellen“ weigerten, einen solchen Plan in die Tat umzusetzen, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Fest steht, dass in diesem Zeitraum „lediglich zwei junge Burschen wegen Lachens und Redens während der Weihnachtsmette in einer hiesigen Kirche beanstandet und zur Anzeige gebracht [worden sind]; doch hat dieser Vorfall mit kommunistischen Störungsversuchen nichts zu tun“,<sup>24</sup> vermeldete die zuständige Polizei.

Die Bildung von Kleingruppen mit jeweils vier Personen und einem Gruppenleiter war eine neue Strategie der Arbeiterwehr und sollte die Arbeitsfähigkeit in der drohenden Illegalität erhalten. Mit „Terrorgruppen“, wie die Polizei diese Organisationsform bezeichnete, hatte dies jedenfalls nicht zu tun. In einem Schreiben an alle Ortsgruppen mit dem Titel „Die fünf Mann“ wurden die neuen Regelungen detailliert beschrieben. Vier bis fünf Gruppen sollten jeweils einen Zug bilden, wurde die Gesamtzahl von 30 Personen überschritten, sollte ein neuer Zug gebildet werden.<sup>25</sup> Die Aufgaben dieser neuen bewaffneten Kleingruppen umfassten dabei sechs Punkte. Politische Gegner sollten, auch mit Gewalt, unschädlich gemacht werden, Versammlungen dieser Gegner gestört, die Staatsgewalt, und hier im Besonderen Polizisten und Gendarmen, bekämpft, Gebäude von Gegnern und Behörden notfalls in die Luft gesprengt, politische Gefangene befreit und Sprengmittel, Waffen und Kampfgase besorgt werden. Für den Fall eines revolutionären Umsturzes wurden

ebenso Richtlinien erlassen. So sollten durch Beschädigung des Stromnetzes die Städte im Dunkeln versinken, die Polizei mit Hilfe von Knallfröschen und Raketen verwirrt und wichtige Gebäude gesprengt werden. Zur weiteren Verwirrung sollten die Einheiten die Uniformen von Polizei und Gendarmerie tragen. Die Kasernen sollten überfallen und die Waffen an die solidarischen Arbeitermassen verteilt werden.<sup>26</sup>

Zu diesem Zeitpunkt war die Arbeiterwehr bereits sensibilisiert für die Notwendigkeit einer verstärkten Geheimhaltungstaktik. Daher wurde angeregt, besonders wichtige Nachrichten und Paket-sendungen nicht mehr mit der Post zu senden, sondern über Vertrauensleute bei der Bahn oder durch Fahrradkurier zu zustellen. Auch in Wels deckte die Polizei insgesamt sieben „Terrorgruppen“ mit jeweils vier bis sechs Mitgliedern auf. Diese hatten eigene Verständigungssignale. So bedeutete ein langer Pfiff „Achtung“, ein kurzer Pfiff das Vorgehen in einer Schwarmlinie, bei einem kurzem gefolgt von einem langen Pfiff sollte die Tür, etwa eines Versammlungsortes besetzt werden, bei drei kurzen Pfiffen sollten sich die Mitglieder zu Störzwecken vor dem Podium sammeln.<sup>27</sup> Ende November 1931 fand in Steyr eine Versammlung der Arbeiterwehr mit rund 130 Personen statt, davon kamen rund 30 aus den Umlandgemeinden.<sup>28</sup>

### Umsturzpläne

Am 6. und 7. Februar 1932 fand in Leoben ein geheimer Kongress der Arbeiterwehr statt, der in St. Johann im



**Der 1908 geborene Büchsenmacher Urban Tschinkowitz leitete eine Einheit der Arbeiterwehr in Steyr und war ab 1932 Mitglied der Landesleitung.**

Pongau seine Fortsetzung fand. Aus Oberösterreich waren die Ortsgruppen Linz, Wels, Steyr, Gmunden und Ebensee vertreten. Auf dieser Versammlung sollte der für den 6. März angesetzte „Großkampftag“ der KPÖ konkretisiert werden, an dem „unter allen Umständen losgeschlagen werden müsse, um den Kapitalismus [...] durch eine gewaltsame Revolution zu stürzen“.<sup>29</sup> Dafür wurden die einzelnen Gruppen in Bataillone unterteilt, Linz und Umgebung wurde zum 13., Steyr und Umgebung zum 14., Wels und Umgebung zum 15., Gmunden gemeinsam mit Ebensee zum 16. und die Oberösterreichischen Bauernwehren mit dem Kohlenrevier Wolfsegg und Stadl-Paura sowie die Eisenbahner aus Attang-Puchheim zum 17. Bataillon erklärt. Die einzelnen Wehrkreise gaben im Anschluss an diese Unterteilung ihre Kampfstärke bekannt. Demnach konnte Wels nach eigenen Angaben 242 und Steyr 282 Mann mobilisieren, österreichweit stünden insgesamt 15.757 Mann für die Arbeiterwehr bereit. Die Ständewehren brachten es in Oberösterreich auf 84 Personen, österreichweit auf zusammen 1.454. Die Arbeiterwehr rechnete schließlich auch nahestehende Organisationen (KJV, *Rote Hilfe*, *Internationale Arbeiterhilfe*, *Rote Gewerkschaftsopposition* und die Freidenkeropposition) sowie die KPÖ hinzu. Dadurch stiegen die Personalreserven um weitere 24.029 Personen an, Wels sollte dabei 367 und Steyr 622 stellen. In den beiden letztgenannten Aufstellungen fehlen die Zahlen für Linz und die anderen oberösterreichischen Ortsgruppen und Verbände. Für den Fall eines bewaffneten Aufstandes hätten außerdem insgesamt 55.692 SympathisantInnen aus Parteilosen, Schutzbündlern und anderen Unzufriedenen ih-

re Bereitschaft zur Mitwirkung bekanntgegeben, Oberösterreich könnte dabei 2.824 Personen beisteuern. Die Kongress Teilnehmer vertraten nach der Verlesung dieser Zahlen die Ansicht, dass ein bewaffneter Aufstand unter diesen Vorzeichen gelingen könne. Dieser Aufstand fand bekanntlich nicht statt, wieder einmal war es den Behörden trotz aller Vorichtsmaßnahmen gelungen, die Versammlung mit Spitzeln zu infiltrieren. Die Geheimhaltung war also nicht mehr gegeben und man musste von diesem, angesichts der realen Kräfteverhältnisse ohnehin utopisch anmutenden Plan Abstand nehmen.

Anarchistische Tendenzen machten sich in der Arbeiterwehr nach und nach stärker bemerkbar. Ein Welser Mitglied der Arbeiterwehr etwa sprach sich zwar zunächst gegen diese nihilistischen Umtriebe aus, bekannte sich aber dann zur Sinnhaftigkeit, die Arbeiterwehr verstärkt in der Herstellung und im Umgang mit Sprengmitteln und Stinkbomben zu schulen: „Soviel die Arbeiterwehr gegen die anarchistischen Strömungen in ihren Reihen kämpft, so wird und kann sie nicht verhindern, dass einzelne Mitglieder im Innersten für die Strömungen eingestellt sind. Obwohl uns Lenin bzw. sein Bruder bewiesen haben, dass die reaktionäre Regierung nur durch den Massenkampf gestürzt werden kann, so kann nicht abgeleugnet werden, dass auch ein Teil des revolutionären Bodens von den Nihilisten vorbereitet worden ist. Gesagt muss aber auch werden, dass die Nihilisten Russlands niemals hätten die Zarenregierung zertrümmern können. Immerhin ist es aber notwendig, dass die Mitglieder auch in militär- bez. pioniermäßiger Weise ausgebildet werden. [...] Bei diesen Experimenten ist es unbedingt er-

forderlich, dass die größte Vorsicht angewendet wird. Eine Unachtsamkeit gefährdet den Bestand der Arbeiterwehr in legaler Form und nicht zuletzt die körperliche Sicherheit der Teilnehmer des Schulkurses. Eine Hand, ein Arm oder das Augenlicht ist schnell eingebüßt. Auch ein Menschenleben ist schnell erloschen.“ Anschließend folgen detaillierte Anleitungen zum Bau eines Sprengsatzes mit Hilfe von Staubzucker, Holzkohle und Düngemittel und zur Fertigung von Stinkbomben aus Schwefel und Salzsäure.<sup>30</sup>

Am 30. Mai 1931 wurde der Arbeiterwehr durch die Oberösterreichische Landesregierung per Erlass das Tragen von Uniformen wieder untersagt.<sup>31</sup> In Steyr wurde Anfang des Jahres 1932 seitens der Polizei ein Antrag auf Verbot der dortigen Arbeiterwehr wegen Überschreitung des Wirkungskreises eingebracht.<sup>32</sup> Am 26. April 1933 brachte die *Rote Fahne*, das Zentralorgan der KPÖ, die Meldung, dass die *Österreichische Arbeiterwehr* ab sofort verboten sei: „Die Regierung hat im Zuge ihrer Entwaffnungsaktion gegen die Arbeiterorganisationen einen neuen Schlag geführt. Die Arbeiterwehr, deren Auflösung die Faschisten aus verständlichen Gründen immer stürmischer forderten, ist nun von der Regierung aufgelöst worden. Wie wir vor Blattschluss erfahren, wurde gestern der Obmannstellvertreter der Arbeiterwehr zur Polizeidirektion gebracht und ihm das Verbot angekündigt. Anscheinend wurde die Verbotsorder knapp nachher versendet.“<sup>33</sup>

### **Anschlagsplan auf Adolf Hitler**

Im September 1932 gelangte das Landesgendarmierkommando Oberösterreich in den Besitz mehrerer mit Geheimtinte verfasste chiffrierter Weisungen, die von der Zentralkampfleitung der KPÖ in Wien an die Gebietskreisleitung IV (Kohlenrevier Wolfsegg) der KPÖ über Kuriere übermittelt worden waren. Eine geplante Reise Adolf Hitlers nach Oberösterreich sollte verhindert werden, ein Anschlag auf die Eisenbahnlinie war geplant. Der Plan flog jedoch auf, da der Leiter der adressierten Gruppe, Ludwig Gföllner, gleichzeitig ein V-Mann der Gendarmerie war. Über ihn konnten schließlich auch die Nachrichten entschlüsselt und der gesamte Chiffreschlüssel an das Innenministerium übermittelt werden.<sup>34</sup> Das Landesgendarmierkommando regte in Folge an, gegen Gföllner selbst nichts zu unternehmen, um ihn weiterhin als Konfidenten erhal-

ten zu können, da er bisher ausgezeichnete Dienste geleistet habe. Die beiden Depeschen forderten, dass sich ein oder zwei KPÖ-Mitglieder bereithalten sollten, um eine Einreise Hitlers mittels eines Eisenbahnanschlages zu verhindern. Dazu sollten genaue Straßen- und Brückenpläne erstellt und geeignete Waffen- und Sprengstoffverstecke ausfindig gemacht werden.

Basis für dieses geplante Attentat war eine Konferenz der KPÖ im Gasthof „Blaue Flasche“ im Wiener Bezirk Ottakring am 10. September 1932. Dort einigte man sich darauf, einen antifaschistischen Geheimbund zu gründen, „um die volksschädlichen Faktoren außer Tätigkeit zu setzen. Es müsse mit aller Rücksichtslosigkeit und Opferwillen der Mitglieder daran gegangen werden, jeden Versuch der Verschlechterung der Gesetze und Unterdrückung des Proletariats durch eventuelle Beseitigung der schuldtragenden Persönlichkeiten zu verhindern.“<sup>35</sup> Die Verhinderung der Einreise Adolf Hitlers nach Österreich sollte demnach die erste Aktion dieses an nihilistischen Organisationen im zaristischen Russland orientierten Bundes sein. Immer mehr in die Defensive gedrängt und kaum mit Einfluss auf die Massen, radikalisierten sich offenbar zumindest einige Personen innerhalb der KPÖ und der Arbeiterwehr so stark, dass diese selbst vor ursprünglich anarchistischen Mitteln des (individuellen) Terrors nicht mehr zurückschreckten. Das geplante Attentat fand schließlich nicht statt. Gföllner war zur entscheidenden Sitzung einfach nicht erschienen, die notwendigen Vorbereitungen konnten aber ohne den Gebietsleiter des Wehrkreises IV nicht getroffen werden.

Hält man sich die oftmals dilettantische Vorgehensweise, die mangelnde Disziplin, die äußerst mangelhafte Geheimhaltung und die ständig schrumpfenden Mitgliederzahlen vor Augen und vergleicht diese mit den hohen Ansprüchen (der Wiener Führung) an eine marxistische paramilitärische Organisation, dann neigt man zu dem Schluss, die Arbeiterwehr in Oberösterreich habe zu keinem Zeitpunkt ihres Bestehens ihre zentralen Aufgaben (bewaffneter Parteischutz, Vorbereitung eines bewaffneten Aufstands gegen den drohenden Faschismus und Sozialfaschismus) erfüllen können.

Die Tätigkeiten der Arbeiterwehr, nämlich die aktive politisch-militärische Schulung, die konkrete Spionagetätigkeit gegen politische Gegner sowie Zersetzungstätigkeiten gegen den staatlichen

Repressionsapparat, konnte nur mangelhaft erfüllt werden. Dadurch rückte auch der anvisierte Aufstand in weite Ferne, zumal alle notwendigen Grundlagen für ein solches Vorhaben fehlten. Vor allem außerhalb Wiens war die Lage prekär, die finanzielle Ausstattung mangelhaft, die Ortsgruppen mitgliederschwach und immer wieder kam es zur Auflösung einzelner Verbandseinheiten.

Erfolgreich war die (Oberösterreichische) Arbeiterwehr erst nach ihrem Verbot, als sich die meisten Mitglieder dem ebenfalls bereits verbotenen Republikanischen Schutzbund (teils erneut) anschlossen und anschließend dort mithalfen, die Grundbausteine für ein erfolgreiches Bestehen in der Illegalität zu legen. Dies führte dazu, dass Oberösterreich zu einem der wichtigsten Schauplätze des Februaraufstandes 1934 wurde.

#### Anmerkungen:

1/ Siehe dazu ausführlich: März, Peter: „Eine Hand, ein Arm oder das Augenlicht ist schnell eingebüsst.“ Die Revolutionäre Arbeiterwehr in Oberösterreich 1928 bis 1933, in: Oberösterreichisches Landesarchiv (Hg.): Oberösterreich 1918–1938, Bd. I. Linz 2014, S. 139–168.

2/ *Arbeiter-Zeitung*, 22.10.1928.

3/ *Die Rote Fahne*, 19.9.1928.

4/ *Proletarierjugend*, Nr. 10/1928.

5/ *Rote Front*. Organ zum Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr, Nr. 7/1928, S. 5.

6/ Gemeint sind die Österreichische Arbeiterwehr, der Bund proletarischer Solidarität, die Internationale Arbeiterhilfe und die Rote Hilfe.

7/ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA)/Archiv der Republik (AdR), BKA/Inneres, 22/Oberösterreich, Kt. 5102, Zl. 127.731/32.

8/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5100, Zl. 143.202/30.

9/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5101, Zl. 02.292/31.

10/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5100, Zl. 142.401/30.

11/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5100, Zl. 183.346/30.

12/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5100, Zl. 142.401/30.

13/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5100, Zl. 243.174/30.

14/ Archiv der Stadt Linz, Nachlass Peter Kammerstätter, Kt. 98, Mappe E7, Zur Geschichte der KPÖ 1918–1933; Huber, Helmut: 60 Jahre KPÖ, 60 Jahre Republik. Linz 1978, S. 5.

15/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5100, Zl. 183.346/30.

16/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5100, Zl. 194.058/30.

17/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5101, Zl. 233.793/31.

18/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5101,

Zl. 209.648/31.

19/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5101, Zl. 191.424/31.

20/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5102, Zl. 122.0789/32.

21/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5101, Zl. 220.723/31.

22/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5101, Zl. 240.114/31.

23/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5101, Zl. 233.793/31.

24/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5101, Zl. 242.152/31.

25/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5102, Zl. 129.455/32.

26/ Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (Wien), Sozialdemokratische Parteistellen, Kt. 53, Mappe 309, Österreichische Arbeiterwehr, Geheime Weisungen, 28.12.1931.

27/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5103, Zl. 128.063/33.

28/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5101, Zl. 229.054/31.

29/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5102, Zl. 123.557/32.

30/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5103, Zl. 128.063/33.

31/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5101, Zl. 190.940/31.

32/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5102, Zl. 123.557/32.

33/ *Die Rote Fahne*, 26.4.1933.

34/ ÖStA/AdR, BKA/Inneres, 22/OÖ, Kt. 5102, Zl. 207.588/32.

35/ Ebd.



#### Arbeitswelt 4.0

Christian Fuchs: **Digitale Arbeit und Imperialismus** ★ Uwe Fritsch: **Arbeit 4.0 bei Volkswagen** ★ Lothar Geisler: **Schöne deformierte Arbeitswelt** ★ Marcus Schwarzbach: **Die modernen Clickarbeiter** ★ Bernd Rixinger (Partei Die Linke): **Für eine demokratische Zukunftswirtschaft** ★ Lotter/Meiners/Treptow: **Arbeitsbegriffe marxistisch begreifen**

Weitere Themen unter anderem:

Anne Rieger: **Rüstungskonversion – was geht und wie geht mehr?** ★ Thomas Metscher: **Der Marxismus des James Connolly** ★ Klaus Wagener: **Sahra Wagenknecht und der Kapitalismus** ★ Alexander Charlamenko: **Neue Aussichten für Kuba?** ★ Ludwig Elm: **Geschichtspolitik in Thüringen** ★ Dorian Tiggel/David Weber: **Studierende gegen »Pick-up-Artists«** ★ Kurt Baumann: **Zum 30. Todestag von Reinhard Opitz** ★ Manfred Sohn: **Flucht als großes Vorbeben** ★ Horst Schneider: **1946 – Sozialisierungsforderungen in Ost und West**

**Neue  
Impulse  
Verlag**

Einzelpreis 9,50 €  
Jahresabo 48,00 €  
ermäßigtes Abo 32,00 €

Hoffnungstraße 18  
45127 Essen  
Tel.: 0201-23 67 57

[www.marxistische-blätter.de](http://www.marxistische-blätter.de)